

12.44

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Sehr verehrte Zuseherinnen und Zuseher! Vielleicht vorweg einmal: Was sind die zentralen Inhalte der Dienstrechtsnovelle? – Einerseits geht es darum, den Gehaltsabschluss umzusetzen, es geht aber auch um Regelungen zur Anrechnung von Vordienstzeiten aufgrund eines EuGH-Urteils, was eine gleichwertige oder nützliche Berufstätigkeit betrifft.

Und ja, Kollege Eypeltauer, es werden auch Regelungen weitergeführt, die es bisher schon gegeben hat und die die Dienstfreistellung für Bürgermeister betreffen, denn der Republik Österreich ist es ein Anliegen, dass Menschen sich dafür hergeben, das Amt eines Bürgermeisters oder eines Gemeinderates auszuüben. Es gibt nämlich immer weniger Menschen, die diese verantwortungsvolle Tätigkeit – das sieht man gerade jetzt bei der Organisation der Massentestungen für das kommende Wochenende – übernehmen. Auch die Regelung betreffend die Richterinnen und Richter ist eine Win-win-Situation für beide, denn sie müssen ihre Dienstzeit nicht reduzieren.

Diese Regelungen im öffentlichen Dienst, diese Änderungen im Dienstrecht sind Regelungen, die die Wertschätzung des Dienstgebers zum Ausdruck bringen. Das sehen offensichtlich nicht alle so, denn schon letzten Mittwoch ist im „Kurier“ ein Artikel zu dieser Dienstrechts-Novelle erschienen, in dem Kollege Loacker, wie jetzt auch Kollege Eypeltauer, auf seine gewohnte Art und Weise gegen den öffentlichen Dienst und diese Besserstellungen gewettert hat. Er beklagt die Gräben zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft, während er selbst in diesem Graben steht und die Gräben mit einem Spaten immer tiefer gräbt.

Es sind immer wieder die gleichen Reflexe, die da bedient werden, meine Damen und Herren: Öffentlich Bedienstete werden durch die Steuermittel der Privatwirtschaft bezahlt. (*Abg. Loacker: Ja, es ist ja so! Wer denn sonst?*) – Ja, aber die Frage ist: Was ist damit gemeint? Heißt das, dass sie das Geld fürs Nichtstun bekommen beziehungsweise dass ihre Leistung nichts wert ist? – Das kann es ja wohl nicht sein! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Loacker.*) Das ist gerade in Zeiten wie diesen, in denen wir eine Gesundheitskrise erleben, eine Chuzpe, und wenn Sie wissen wollen, was das ist, fragen Sie beim - -

Präsidentin Doris Bures: Auch Sie, Herr Abgeordneter, fordere ich auf, sich in der Ausdrucksweise zu mäßigen. Falls Sie nicht wissen, was ich meine: „Chuzpe“ hat hier nichts verloren.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (*fortsetzend*): Es wurde gestern erläutert, was das bedeutet.

Präsidentin Doris Bures: Nicht unter meinem Vorsitz.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (*fortsetzend*): Ich nehme es zur Kenntnis, danke schön. (*Beifall bei SPÖ und NEOS.*)

Es gibt einen Teil der Abgeordneten, die das Coronavirus und seine Auswirkungen negieren und auch Maßnahmen dagegen torpedieren. Sie inszenieren da im Stile von „Science Busters“ ganz skurrile Episoden, indem sie Auswirkungen von Cola auf Coronatests darlegen wollen, und so weiter.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, kämpfen gerade die öffentlich Bediensteten gegen diese Coronapandemie, von den Pflegekräften in den

Krankenhäusern über die Ärzte bis zu den Lehrerinnen und Lehrern, die im Fernunterricht Großartiges, Hervorragendes leisten. (*Zwischenruf des Abg.*

Eypeltauer, der den Kopf schüttelt.) Nicht zu vergessen sind auch die Bediensteten bei den Bezirksverwaltungsbehörden, die versuchen, genau jene Infektionsketten zu unterbrechen, und bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gehen, um gegen das anzukämpfen, was manche hier negieren: dass es ein Coronavirus gibt, das unbemerkt übertragen werden kann.

Meine Damen und Herren, einen Keil zwischen den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft zu treiben, diese Gruppen gegeneinander auszuspielen, bringt uns jedenfalls nicht weiter! Beide brauchen einander und stehen nicht im Widerspruch zueinander.

(*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wissen auch, dass über 80 Prozent der Bevölkerung mit unserem Gesundheitssystem, das wir jetzt so notwendig brauchen, zufrieden sind. Wir genießen in Österreich eine im Europavergleich überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit, und das ist einer guten Verwaltung geschuldet. Österreich und seine Verwaltung – sie besteht aus öffentlich Bediensteten – funktionieren, und natürlich wird das mit Steuergeld finanziert. Diese Investition aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zahlt sich allemal aus.

Ich finde, gerade in der jetzigen Situation ist es angebracht, allen, die im öffentlichen Dienst arbeiten und gegen diese Coronakrise kämpfen, ein herzliches Dankeschön auszusprechen. Und ja, wenn der öffentliche Dienst mit Steuergeld – natürlich mit Steuergeld – bezahlt wird, ist das eine Investition in unser aller Sinne. Es ist eine Investition, die sich jedenfalls bezahlt macht und auszahlt! – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

12.48

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Selma Yildirim. –
Bitte.